

# Niedersächsische Rundschau

## Wochenschrift der Christlich-Demokratischen Union

Nr. 14/15

Hannover, den 12. April 1947

2. Jahrgang

Gedruckt mit der vorläufigen Genehmigung der Militär-Regierung Hannover

# Flüchtlinge - Ostvertriebene!

## Euer Schicksal liegt in eurer eigenen Hand!

Von Dr. Kather, Vorsitzender des Zonenflüchtlingsausschusses der CDU

Ist es überhaupt noch möglich, die Flüchtlinge, die Vertriebenen aus dem deutschen Osten aus der Hoffnungslosigkeit, aus der Verzweiflung herauszureißen? Wer weiß überhaupt, wie es in diesen vergewaltigten, zerquälten und zerbrochenen Menschen aussieht? Was weiß die Öffentlichkeit von den Gewalten, die über den deutschen Menschen des Ostens gewütet haben! Gewalt in jeder Form, gegen Leben, Gesundheit und Eigentum, Tod und Not, Grauen und Entsetzen haben diese seit zwei Jahren heimatlosen Menschen zerbrochen, zerschlagen.

Nun werden sie zur Wahl aufgerufen. Es besteht die Gefahr, daß sie sich von der Wahl fernhalten, weil sie eine politische Betätigung nach den Erfahrungen der beiden letzten Jahre für zwecklos halten. Diese Zeit ist geradezu gekennzeichnet durch das augenfällige Mißverhältnis zwischen dem, was gesprochen und versprochen wurde und dem, was erreicht bzw. nicht erreicht worden ist.

### Auf keinem Gebiet ist ein Fortschritt zu verzeichnen

Im Gegensatz zur amerikanischen Zone haben wir noch immer kein

#### Flüchtlingsgesetz,

durch das die Stellung der Vertriebenen und ihre Eingliederung eine rechtliche Grundlage erhalten würden.

Die Pläne zur Errichtung eines Zonenamtes oder Zweizonenamtes für das Flüchtlingswesen sind offenbar aufgegeben worden, man denkt nur noch an die Gründung eines neuen Flüchtlingsausschusses. Vom Lastenausgleich wird immer gesprochen, aber es geschieht nichts. Zumindest müßte doch mit der Schadensfeststellung begonnen und müßten glaubhaft gemachte Ansprüche bevorzugen werden, insbesondere, wo es zur Errichtung neuer Existenzen oder zur Abwendung unmittelbarer Not erforderlich ist.

Von einer Bodenreform, die den Vertriebenen wenigstens in kleinem Umfange Boden unter die Füße geben könnte, ist nichts mehr zu hören.

Die Behandlung der Sparguthaben der Ostvertriebenen muß geradezu als skandalös bezeichnet werden. Denen, die schon alles verloren haben, hält man auch ihre Guthaben ein. Alle Anträge der CDU im Zonenbeirat und in den Landesparla-

menten haben bisher einen Erfolg nicht gezeitigt.

Die Beamten und Pensionäre aus dem Osten haben scheinbar ihre wohlverworbenen Rechte verloren. Die Verschleppung des Entnazifizierungsverfahrens wirkt sich ihnen gegenüber geradezu katastrophal aus. Auch hier sind die Anträge der CDU erfolglos gewesen.

Hat der deutsche Osten den Krieg allein verloren? Das ist die Frage, die den Flüchtling unablässig quält. Die Arbeitsämter sind die einzigen Behörden, die sich wirklich nachhaltig für die Vertriebenen interessieren. Der Flüchtling ist der neue Ostarbeiter.

Diese Behandlung der Vertriebenen ist nur deshalb möglich, weil man ihnen

#### das Recht des Zusammenschlusses

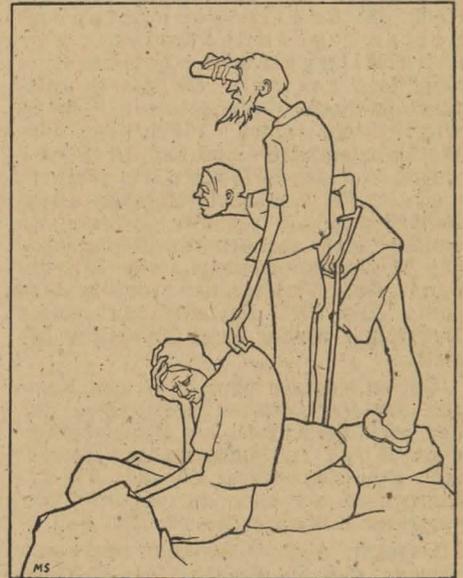
verweigert hat, ein demokratisches Grundrecht, auf das sie genau so Anspruch haben, wie alle anderen Deutschen. Wenn man nicht wider alles Recht den Flüchtlingen den Zusammenschluß, den sie in ihrer Lage bitter nötig haben, verweigert hätte, würde eine nach Millionen zählende Flüchtlingsorganisation die Fortdauer des bisherigen Zustandes unmöglich gemacht haben.

Die Verhinderung des unpolitischen Zusammenschlusses zwingt die Vertriebenen zur parteipolitischen Betätigung. Es ist der einzige Weg zur Durchsetzung ihrer Interessen!

Die jetzige beispiellose Erniedrigung Deutschlands ist die Folge der im Jahre 1933 getroffenen politischen Fehlentscheidung. Etwas Derartiges darf sich nicht mehr wiederholen. Keine andere Volksgruppe ist infolge ihrer außergewöhnlichen Notlage so sehr darauf angewiesen, sich politisch durchzusetzen, wie die Vertriebenen. Es darf deshalb keiner von uns bei der Wahl zur Seite stehen. Jeder muß seine politische Entscheidung treffen.

Hierbei kommen für die Vertriebenen nur die großen Parteien in Betracht. Jede weitere Aufspaltung und Zersplitterung innerhalb der kleinen Parteien muß vermieden werden. Das Problem ist auch von so weitreichender Bedeutung, daß nur große Parteien wirklich einen erheblichen Beitrag zu seiner Lösung erbringen können.

Die Wahl zwischen den beiden großen Parteien kann den



### Wo bleibt die Friedenstaube?

Vertriebenen nicht schwer fallen.

Die CDU ist die einzige Partei, die den Anspruch auf Rückgabe der Ostprovinzen unbeirrt und eindeutig vertreten hat. Während Dr. Schumacher öffentlich erklärt hat, daß wir die Grenzen von 1937 verspielt hätten, hat Dr. Adenauer in seiner Neujahrsbotschaft und auch noch in den letzten Tagen die Erklärung abgegeben, daß kein christlich-demokratischer Staatsmann einen Friedensvertrag unterschreiben wird, der den deutschen Osten aufgibt.

Die CDU ist die einzige Partei, die den Anspruch der Flüchtlinge auf freies Koalitionsrecht anerkannt und unterstützt hat durch Anträge im Zonenbeirat und sämtlichen Länderparlamenten. Bei der Behandlung dieses Antrages in der Hamburger Bürgerschaft am 5. März 1947 hat die SPD sich nur zu einem beschränkten Koalitionsrecht „zu sozialen Zwecken“ bekannt und dadurch den Antrag der CDU zu Fall gebracht.

Die Vertriebenen erstreben aber keine Wohlfahrtsorganisationen. Sie haben mit ihrem Hab und Gut Vorauszahlungen auf die Reparationen geleistet, die vom ganzen Volk zu tragen sind. Sie wollen keine Almosen, sondern ihr Recht.

Auch die Behandlung der Sparguthaben und die rechtliche Stellung der Beamten und Pensionäre sind von der CDU im Zonenbeirat und in den Parlamenten im Sinne der Vertriebenen zur Diskussion gestellt worden. In der oben erwähnten Sitzung der Hamburger Bürgerschaft beantragte die CDU Aufhebung des Verbots, Ostflüchtlinge in die Hamburger Verwaltung einzustellen, solange geeignete heimische Bewerber vorhanden sind. Auch dieser Antrag wurde nicht angenommen, sondern mit den Stimmen der anderen Parteien wegen angeblicher Entnazifizierungsschwierigkeiten einem Ausschuß überwiesen und damit dieser Ausnahmebestimmung zur Fortdauer vorbehalten. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Redner der SPD, daß viele Flüchtlinge glaubten, sie hätten das Glück gehabt, zusammen mit ihrer Heimat auch die politische Belastung verloren zu haben.

Die CDU ist die einzige Partei, die konsequent die Auffassung vertritt, daß Flüchtlingsangelegenheiten grundsätzlich von Flüchtlingen wahrgenommen werden sollten. Sie hat in Ausführung dieses Grundsatzes in Schleswig-Holstein einen Flüchtling zum Wohlfahrtsminister berufen. Dr. Ryba wurde von der SPD-Mehrheit gestürzt, weil er für Schleswig-Holstein einen Behördenaufbau schaffen wollte, der endlich eine sachgemäße Behandlung des Flüchtlingsproblems unter Mitwirkung der Vertriebenen sicherstellen sollte. Die CDU hat auch zu seinem Nachfolger wieder einen Flüchtling bestellt.

Um so weniger wird es in den Kreisen der Vertriebenen verstanden, daß der sozialdemokratische Ministerpräsident Kopf in Niedersachsen sowohl zum Staatskommissar für das Flüchtlingswesen als auch zu seinem Stellvertreter Einheimische berufen hat.

Dagegen wird es dankbar anerkannt werden, daß die Fraktion der CDU im Niedersächsischen Landtag einen Antrag gestellt hat, der die Errichtung von Kleinstsiedlungen für Kriegsversehrte und Flüchtlinge in großer Zahl fordert. Dieser Antrag gründet sich auf einen Plan des Oberkreisdirektors Rönneburg, Wolfenbüttel, und will den Siedlern zunächst eine Verbreiterung ihrer Ernährungsbasis, insbesondere durch Kleintierhaltung und später auch den Bau einer Heimstätte ermöglichen.

**Angesichts dieser Tatsachen kann den Flüchtlingen die Entscheidung wirklich nicht schwer fallen.**

Sie werden sich für die CDU um so eher entscheiden, als diese vor wenigen Wochen ein neues Sozialprogramm verkündet hat, das einen wahrhaft konstruktiven Beitrag zum Neuaufbau unserer Wirtschaft gebracht hat. Eine Sozialisierung im Sinne einer Verstaatlichung muß gerade von den Vertriebenen abgelehnt werden, weil sie an ihrem eigenen Schicksal erkennen können, wohin sie die staatliche Allmacht geführt hat. Die Vereinigung der politischen und wirtschaftlichen Macht in der Hand des Staates muß als gefährlich für die Freiheit der Einzelpersonlichkeit gerade von denen abgelehnt werden, die sich darüber klar sind, daß ihr Schicksal und die ihnen zuteil gewordene Behandlung darauf zurückzuführen sind, daß man die natürlichen Rechte des Menschen auf Heimat, Freiheit und Eigentum zu mißachten gelernt hat.

Zu welchen Folgerungen eine Politik aus rein materialistischer Weltanschauung führt, das haben die Flüchtlinge in aller Härte und Grausamkeit am eigenen Leibe erfahren. Ihnen müssen die Augen darüber aufgegangen sein, daß die deutsche Katastrophe ihre tiefste Ursache im geistigen Verfall, im Abfall vom Christentum hat. Sie spüren heute täglich Egoismus und Härte und Verständnislosigkeit ihrer unvorstellbaren Not gegenüber. Sie müssen solche Haltung als Folge rein materiellen Denkens erkennen. Diese Erkenntnis kann die Vertriebenen nur dahin führen, daß sie sich politisch nur den Kräften zuwenden, die ein neues, ein anderes Deutschland aufbauen wollen. „An die Stelle der materialistischen Weltanschauung tritt, an die Stelle der sich aus dem Materialismus ergebenden Grundsätze die Grundsätze der christlichen Ethik.“

## Um die Neuordnung unserer Wirtschaft

Die CDU-Anträge im Niedersächsischen Landtag

Das Märchen von der besitzbürgerlichen CDU ist ausgeträumt. Die „Hannoversche Presse“ versucht zwar immer wieder, ihren Lesern Angst vor der „kapitalistischen“ CDU einzuflößen. Je mehr aber im Wahlkampf das Programm der CDU wirklich bekannt wird und die Nachricht von den Landtagsanträgen der CDU ins Volk dringt, um so unruhiger wird es in der Wählerschaft der SPD.

Das ist nämlich das eigenartige an diesem Wirtschaftsprogramm der CDU: ob es vor Männern der Industrie und der Wirtschaft oder ob es vor Arbeitern und Gewerkschaftlern entwickelt wird, immer findet es bei allen, die nachzudenken bereit sind, volle Anerkennung. In Göttingen hatte die CDU die Gelegenheit der Anwesenheit Dr. Adenauers dazu benützt, zu einem Empfang im Rathaus und zu einem offenen Gespräch einzuladen. Die Spitzen der Behörden, der Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Parteien, die Presse, — alle waren vertreten. Es gab in Rede und Gegenrede eine Aussprache vor allem über das Wirtschaftsprogramm — ohne jede Wahlkampfstimmung ging es einzig um die Frage nach dem möglichen Weg aus dem wirtschaftlichen Chaos und aus der Verelendung. Im Mittelpunkt stand das Ahlener Wirtschaftsprogramm der CDU. Und als dann am Abend in einer öffentlichen Massenversammlung der Redner der CDU die SPD fragte, was sie programmatisch zu den Wirtschaftsproblemen heute zu sagen habe, und ein Mann der SPD zwischenrufend zum Ausdruck brachte, das Programm der SPD könne man sogar öffentlich kaufen, war die schallende Heiterkeit des Saales auf Seiten des Redners, als er antwortete: „Ach, wissen Sie, das Programm der SPD, welches Sie meinen, das ist so alt, daß ich es nicht mehr verkaufen würde!“

Die SPD hatte vor einigen Wochen vielleicht noch gemeint, durch ihre Sozialisierungsanträge in den drei Landtagen der britischen Zonen eine zugkräftige Wahlkampfpaprole zu bekommen. Sie hat sich geirrt. Nicht nur, daß ihre Anträge überall unter den Tisch gefallen sind und daß von der so

(Aus dem Programm der CDU.) In diesem Sinne gewinnen für die Flüchtlinge Partei und Programm der CDU entscheidende Bedeutung.

Auf diese grundsätzliche Haltung kommt es an. Sie muß uns bewahren vor Mutlosigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber politischen Notwendigkeiten. Wir dürfen in dem Augenblick, da wir zum ersten Male in unserer Gesamtheit zur Ausübung unserer politischen Pflicht aufgerufen werden, uns nicht versagen und wollen uns bei Erfüllung dieser Pflicht nicht von kleinlichen Erwägungen leiten lassen, die wir unserem Alltagsleben vielleicht entnehmen könnten.

**Deshalb ist es Pflicht jedes Vertriebenen, am 20. April seine Stimme der CDU zu geben und darüber hinaus durch aktive Mitarbeit in der Union mit ganzer Kraft mitzuwirken an der Behebung der Not unseres Volkes und des Elends der Vertriebenen.**

bombastisch angekündigten Volksbefragung nicht mehr die Rede ist, — sie hat auch erleben müssen, daß die CDU ihrerseits zum Gegenangriff übergegangen ist und nach dem Motto „Gegen Kapitalismus und Sozialismus“ ihre eigenen Anträge eingebracht und weitgehend zur Annahme gebracht hat. Diese Anträge zeigen in klarer Fortführung des Ahlener Programms den Weg der CDU zu einem wirtschaftlichen Neubau Deutschlands.

Nachdem der niedersächsische Landtag in seiner Sitzung vom 26. und 27. März die entschädigungslose Enteignung der Grundstoffindustrien mit allen Stimmen gegen die Stimmen der antragstellenden KPD abgelehnt und den Sozialisierungsanträgen der SPD mit 43 gegen 40 Stimmen das gleiche Schicksal bereitet hatte, wurde von den fünf Anträgen der CDU einer einstimmig angenommen und die übrigen vier den Wirtschaftsausschüssen überwiesen.

Angenommen wurde der Antrag, daß die Landesregierung ersucht wird, sofort Ermittlungen anzustellen über Besitzverhältnisse im Bergbau und in der eisenschaffenden sowie in der Zement- und chemischen Großindustrie und in der Versorgungs- und Verkehrswirtschaft. Das Ergebnis dieser Ermittlungen soll dem Landtag vorgelegt werden.

Die dem Ausschuß überwiesenen Anträge befassen sich mit der Planung und Lenkung der Wirtschaft, mit den Besitz- und Machtverhältnissen in der Wirtschaft, mit der Entflechtung und mit der Neuordnung der Verhältnisse zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Wir bringen diese Anträge wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung anschließend im Wortlaut und bitten unsere Leser, sie mit unserem in Nr. 6 unserer Zeitschrift abgedruckten Wirtschaftsprogramm zu vergleichen.

### I. Planung und Lenkung der Wirtschaft

Die Landesregierung wird ersucht, bei der Militär-Regierung dahin vorstellig zu werden, daß die Planung und Lenkung der Wirtschaft nach folgenden Grundsätzen erfolgt:

Jeder einzelne, jeder Beruf, jeder Stand ist für sich allein nicht lebensfähig. Alle sind aufeinander angewiesen, gleich, ob Arbeiter, Bauer, Handwerker, ob Gewerbetreibender, Angestellter oder Beamter.

Nur eine Partei, in der alle Berufsgruppen des Volkes vertreten sind, kann die Lebensinteressen aller zum Nutzen der Gesamtheit zu einem gerechten und harmonischen Ausgleich bringen.

Darum wähle auch Du die **CDU**  
Die Partei aller schaffenden Deutschen!

1. Die Planung und Lenkung der Wirtschaft bedarf für das gesamte deutsche Wirtschaftsgebiet dringend der gesetzlichen Regelung. Die Erörterung der damit in Zusammenhang stehenden Fragen in der Öffentlichkeit ist so weit fortgeschritten, daß ein gewisser Abschluß möglich erscheint.

2. Die Planungs- und Lenkungsaufgaben sollen von Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft wahrgenommen werden. In diesen Selbstverwaltungskörperschaften müssen Unternehmer, Arbeiter und Verbraucher gleichberechtigt vertreten sein.

3. Diese Selbstverwaltungskörperschaften unterliegen in ihren letzten Entscheidungen parlamentarischer Kontrolle.

4. Planung und Lenkung der Wirtschaft sind nicht Selbstzweck, sondern dienen nur dem allgemeinen Wirtschaftszweck, nämlich der Bedarfsdeckung des Volkes. Planung und Lenkung müssen deshalb auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden.

## II. Änderung von Besitz- und Machtverhältnissen in der Wirtschaft

Die Landesregierung wird ersucht:

1. Bei der Militär-Regierung dahin vorstellig zu werden, daß

a) die von dieser für bestimmte Zweige der deutschen Wirtschaft eingerichteten treuhänderischen Verwaltungen so gestaltet werden, daß diese der deutschen Öffentlichkeit verantwortlich sind,

b) keine zwangsweise Verfügung über das Eigentum an den unter treuhänderischen Verwaltung stehenden Unternehmen erfolgt, solange nicht das deutsche Volk durch seine auf demokratischem Wege berufenen Vertreter sich zur Frage der künftigen Sozial- und Wirtschaftsverfassung verbindlich erklärt hat,

2. mit den Regierungen der anderen deutschen Länder, bevorzugt im Rahmen des gemeinsamen Deutschen Finanzrats und des Deutschen Wirtschaftsrats, Pläne für die Form der Verwaltung solcher Unternehmen auszuarbeiten, die dem überragenden Einfluß des privaten Kapitals zu entziehen sind. Dabei ist die Überführung in eine gemeinschaftliche Organisationsform für monopolartige Unternehmen, besonders der Schlüsselindustrien, vorzusehen. Die Organisation dieser Unternehmen hat nach dem machtvorteilenden Prinzip zu erfolgen, das nebeneinander das Land sowie Gemeinden, Gemeindeverbände, Arbeitnehmer, Produktivgenossenschaf-

ten und Privatunternehmer an der Verwaltung beteiligt, ohne dabei einer einzelnen Gruppe einen überragenden Einfluß zu gewähren. Der Initiative der verantwortlichen Unternehmensleitung ist der nötige Spielraum zu geben.

Diese Form der Verwaltung monopolartiger Unternehmen ist herbeizuführen, ohne daß andere Eingriffe in rechtmäßig erworbenes Privateigentum erfolgen, als durch die Gesetze im Zusammenhang mit einer künftigen allgemeinen Vermögensabgabe oder im ordentlichen Entnazifizierungsverfahren angeordnet werden.

## III. Entflechtung der Wirtschaft

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird ersucht, 1. bei der Militär-Regierung dahin vorstellig zu werden, daß die sogenannte Entflechtung auf den Gebieten des Bergbaus sowie der eisenschaffenden und chemischen Großindustrie für das deutsche Wirtschaftsgebiet nach einheitlichen Grundsätzen erfolgt, an deren Ausarbeitung und Durchführung die auf demokratischem Wege berufenen Vertreter des deutschen Volkes maßgeblich mitzuwirken haben,

2. mit den Regierungen der anderen deutschen Länder, bevorzugt im Rahmen des Deutschen Wirtschaftsrats und des gemeinsamen Deutschen Finanzrats, Pläne für eine Entflechtung von Machtzusammenballungen in der Wirtschaft auszuarbeiten. Dabei sind unter Beseitigung solcher Monopole, die für die wirtschaftliche und politische Freiheit im Staate eine Gefahr bedeuten könnten, lebenskräftige und auch mit dem Ausland konkurrenzfähige Unternehmen zu schaffen.

## IV. Neuordnung der Verhältnisse zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den Unternehmen

Die Landtagsregierung wird ersucht, bei der Militär-Regierung dahin vorstellig zu werden, daß die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern unter Zugrundelegung folgender Grundsätze erfolgt:

1. In den Betrieben, in denen wegen ihrer Größe das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer nicht mehr auf einer persönlichen Grundlage beruht, ist ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer an den grundlegenden Fragen der wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung sicherzustellen.

2. Zu diesem Zweck ist den Arbeitnehmern des Betriebes in den Aufsichtsorganen, z. B. im Aufsichtsrat des Unternehmens, die ihnen zustehende Vertretung einzuräumen. Das Gesellschaftsrecht bedarf einer entsprechenden Reform.

3. Bei Großbetrieben mit mehrköpfigem Vorstand soll ein Betriebsangehöriger, der sich in langjähriger Betriebszugehörigkeit um den Betrieb verdient gemacht hat, in den Vorstand des Unternehmens berufen werden. Die Berufung soll auf Vorschlag der Betriebsangehörigen erfolgen, die dem Aufsichtsrat mindestens drei Vorschläge zu unterbreiten haben.

4. Dem von der Belegschaft gewählten Vorsitzenden des Betriebsrates ist Gelegenheit zur Mitwirkung in allen Fragen zu geben, welche die sozialen Interessen der Betriebsangehörigen betreffen. Darüber hinaus hat die Betriebsleitung in jedem Fall dem Betriebsrat einmal monatlich Bericht über die Lage des Unternehmens zu erstatten; den Betriebsangehörigen ist ein Anspruch auf Auskunfterteilung in diesen Besprechungen zuzubilligen.

5. Durch geeignete Maßnahmen soll den Arbeitnehmern eine Beteiligung am Ertrage gesichert werden. Die Formen dieser Beteiligung können verschiedenartig sein und unterliegen besonderer Vereinbarung.

6. Die gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit soll den auf demokratischem Wege berufenen deutschen Vertretungskörperschaften überlassen werden.

## Zeichen der Verständigung

Die französische Bewegung „Gebetskreuzzug für Deutschland“, die unter der Leitung des Kardinals von Toulouse steht und heute bereits 150 000 Katholiken umfaßt, ist unter dem Eindruck ausländischer Zustimmungserklärungen jetzt zur Aktion „Gebetskreuzzug für die Nationen“ erweitert worden. Der Bewegung kommt eine besondere Bedeutung im Sinne einer deutsch-französischen Verständigung und darüber hinaus für die Erneuerung der christlich-abendländischen Kulturgemeinschaft zu.

## EIN WORT ZUM TAGE:

Der Irrtum wiederholt sich immerfort in der Tat. Deswegen muß man das Wahre unermüdlich in Worten wiederholen. Goethe

# Um die Freiheit des Staatsbürgers

Von Dr. Bernard Pfad, Landesvorsitzender der CDU

„Wir wollen frei sein, wie die Väter waren.“ Sind wir denn in Deutschland überhaupt noch frei? Hat uns unsere Hoffnung, daß die Alliierten, die angeblich für Wiederherstellung der Menschenrechte in den Krieg gegen Nazi-Deutschland gezogen waren, die durch Hitler vernichtete Freiheit des deutschen Staatsbürgers wiederherstellen würden, nicht getrogen? Haben wir nicht heute höchstens noch die Freiheit zu frieren, zu hungern und — auch nur wieder in gewissen Grenzen — zu arbeiten?

Wenn man von der Freiheit des Staatsbürgers spricht, so meint man im allgemeinen die primitivsten Lebensrechte jedes Menschen. Sie sind selbstverständlich nicht etwa mit schrankenloser Willkür gleichzusetzen; denn die Menschen sind nicht nur Einzelwesen, sondern auch Glieder großer Gemeinschaften. Echte staatsbürgerliche Freiheit bedeutet also nicht so sehr Freiheit von Autorität, Zucht und Ordnung, sondern Freiheit für selbständiges, verantwortliches Handeln und für freiwillige, sinnvolle Ein- und Unterordnung. Die christliche Rechtslehre betont deshalb mit Recht schon in der Lehre vom Naturrecht, daß jeder Mensch zwar gewisse Freiheiten hat, die ihm weder ein Staatsgesetz noch ein einzelner beschneiden dürfe, daß aber umgekehrt die berechtigte Freiheit des einzelnen dort ihre Grenzen habe, wo ein Dritter oder das Gemeinwesen geschädigt würden.

Wie weit läßt sich nun die persönliche Freiheit behaupten gegenüber der notwendigen sozialen Ordnung?

In den modernen Staaten war man darauf bedacht, die persönliche Freiheit des einzelnen gegenüber dem absoluten Herrscher oder Feudalherrn durch sogen. „Grund-“ und „Freiheitsrechte“ zu sichern.

Grundsätzlich ist im Rechtsstaat die Freiheit des einzelnen das Ursprüngliche, während die staatliche Beschränkung die Ausnahme bildet. Diese „Grundrechte“ wurden zuerst in England in der berühmten „Magna charta libertatum“ und in der „Petition of rights“, später in den Verfassungen der nordamerikanischen Staaten des 18. Jahrhunderts und in der Erklärung der „Menschen- und Bürgerrechte“ der Französischen Revolution und noch später in den Verfassungen fast aller europäischen Staaten zwar festgelegt; die persönliche Freiheit ist aber seitdem tatsächlich immer mehr eingeschränkt worden.

Wie ist es damit heute bei uns? Wer ist in Deutschland noch frei? Die Besatzungsmächte haben die Souveränität. Scharfe Zonengrenzen, man spricht manchmal sogar vom eisernen Vorhang, scheiden Deutsche von Deutschen. Im Pressewesen, im Versammlungs- und Vereinigungsrecht, im Reise- und Postverkehr stehen schärfste Rechtsbeschränkungen, die wir noch drückender empfinden würden, wenn uns nicht Hitler vorher schon darin Ungeheures zugemutet hätte. Nur auf wenigen Gebieten der Verwaltung und Gesetzgebung haben uns die Besatzungsmächte Freiheit gegeben, aber auch noch keine unbedingte, so daß wir es in dem berufenen Niedersächsischen Landtag er-

leben mußten, daß bis jetzt auch nicht ein beschlossenes Gesetz unbeanstandet „die Sperre passierte“.

Was Freizügigkeit und das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes und der Arbeit, Wohnungsrecht, Eigentumsrecht, Baurecht bedeuten, ist vielfach nur noch historische Erinnerung.

Ganz gewiß, wir haben den Krieg verloren, und eine außerordentliche Not und der fühlbarste Mangel an fast allem zwingt zu einer gewissen Planung und Lenkung. Aber ist es nicht so, daß der deutsche Staatsbürger heute überall Trennwände und harte Mauern und Fallstricke sieht, wo immer er sich bewegt? Überbieten sich Obrigkeiten und nachgeordnete Behörden nicht geradezu in einer Flut von einschränkenden Anordnungen und Verboten, die meist bezeichnenderweise, um ihnen noch größeren Nachdruck zu verleihen, mit den Worten beginnen „auf Befehl der Militär-Regierung“? Wer heute noch eine Wohnung hat, weiß nicht, ob er sich ihrer morgen noch erfreut. Wohnrechte werden in einer Art und Weise eingeschränkt, daß die Wohnverhältnisse heutzutage vielfach jede Wohn- und Lebenskultur ausschließen und in vielen, vielen Fällen schwerste Gefahren für die Sittlichkeit und die Volksgesundheit bedeuten.

Von stundenlangem und noch dazu manchmal vergeblichem „Anstehen“ auf den Wohnungsämtern, Wirtschaftsämtern usw. und dem Verhandlungston, den man dort vielfach riskiert — und das nach den beiden furchtbarsten Kriegen und entsetzlichen Bombennächten — werden sich vielleicht noch unsere Kinder mit Grauen erzählen.

An einem der letzten Tage erklärte mir ein Telefonfräulein, als ich abends zum Fernsprecher geradezu geeilt war: „Ich habe eine Minute lang vergeblich gerufen. Wenn das noch einmal vorkommt, gebe ich Ihnen kein Gespräch mehr. Sie scheinen nicht zu wissen, daß wir den Krieg verloren haben.“

Der drückende Lebensmittelmarken- und Bezugscheinverkehr nötigt vielen von uns ein resigniertes Lächeln ab.

Es dürfte Einigkeit darüber bestehen, daß jede Verordnung und jedes Gesetz

die Freiheit des Staatsbürgers immer mehr einschränkt, mag es sich um Kündigungsbeschränkungen auf dem Gebiete des Mieterschutzes oder auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, um Arbeitsplatzwechselverordnungen oder sonstige Anordnungen der Arbeitsämter auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes, um Anordnungen über das polizeiliche Meldewesen, um Wirtschafts- oder Aufbauvorschriften (Zwangsbewirtschaftung auf vielen Gebieten) oder um Anordnungen im Entnazifizierungsverfahren (Vermögenssperre, polizeiliche Meldepflicht und sonstige auf Grund der Entnazifizierungsbestimmungen mögliche Beschränkungen) handeln.

Man fragt sich, wo bleiben die demokratischen Grundrechte, die in jedem modernen Staat dem einzelnen zustehen sollen. Wir sangen einstmal: „Freiheit die ich meine, die mein Herz erfüllt, komm mit deinem Scheine . . .!“

Unter anderen haben der bekannte Londoner Rechtsanwalt Marsh und der amerikanische Präsident Truman erst kürzlich festgestellt, daß die Macht der Bürokratie charakteristisch für demokratische und totalitäre Staaten sei. Leider ist für uns bei unserer deutschen Neigung zur Gründlichkeit und bei dem Mangel an offenem demokratischen Bürgersinn im Nachfolgestaat Hitlers die Gefahr des Bürokratismus besonders groß, nicht zuletzt wegen der wohl unbestreitbaren Tatsache, daß viele staatliche, amtliche oder halbamtliche Behörden bisher mehr oder weniger von bestimmten politischen Parteien beherrscht werden, die ihren Machtstandpunkt nicht weniger wuchtig stabilisieren wie die Nazipartei unseligen Andenkens.

Die psychologischen Folgen sind: weitgehende Gleichgültigkeit, Feindschaft gegenüber dem neuen, doch erst in der Entwicklung begriffenen demokratischen Staatswesen. Gerade um dieser Gefahr willen wird so offen auf die Ursache hingewiesen. Wir wissen, daß drückende Fesseln sich erst langsam nach zähem geistigen Ringen um die Lebensrechte auch unseres besiegteten Volkes sich lösen werden und daß die wirtschaftlichen Lebensbedingungen

## Was haben wir von der SPD zu erwarten?

Wenn die SPD am 20. April in Niedersachsen die Mehrheit bekommt,

- dann** gibt sie dem Lande eine marxistische und atheistische Verfassung
- dann** macht sie aus der Wirtschaft einen Tummelplatz für Bürokraten und Bonzen
- dann** ruft sie immer noch neue Behörden ins Leben und schafft Futterkrippen für ihre Funktionäre auf Kosten der Steuerzahler
- dann** wird an Stelle einer sittlichen Neuordnung das Freidenkertum den öden Nützlichkeitsstandpunkt durchsetzen
- dann** wird die Würde des Menschen und die Freiheit der Person kleingeschrieben werden
- dann** wird die Herrschaft der Arbeitsämter und Kartenstellen verewigt.

**CDU** Habt Ihr's aber satt — **CDU**  
dann wählt am 20. April

sich erst allmählich bessern lassen. Wir wissen auch, daß anormale Verhältnisse ungewöhnliche Regierungsmethoden und Freiheitsbeschränkungen erfordern. Aber wir wollen uns von keiner Not und Gefahr abschrecken lassen von dem Weg zur Freiheit und zum Wiederaufstieg. Es geht um die christlich-abendländische Kultur, um unsere und die Zukunft unserer Kinder, die vielleicht erst die Früchte unserer Mühen ernten. Gerade um der Freiheit willen sollen wir von den spärlichen, uns noch verbliebenen Rechten wirksamsten Gebrauch machen. Es wäre grundfalsch, angesichts der augenblicklichen fast trostlosen Lage verärgert oder gleichgültig beiseite zu treten und anderen das Feld zu überlassen.

Es geht am 20. April um das Schicksal Niedersachsens, ja Deutschlands, auf Jahre. Beachten wollen wir, daß nach dem eben veröffentlichten Bevinischen Plane das politische und gesetzgeberische Hauptgewicht bei den Län-

dern und nicht bei der Reichsregierung liegen soll.

Die CDU kann ebensowenig wie andere politische Parteien eine plötzliche Besserung der Verhältnisse versprechen, auch nicht, wenn sie zusammen mit der NLP die Mehrheit im Niedersächsischen Landtag erhält, wie wir hoffen; aber wir sind entschlossen, auf dem unerschütterlichen Fundament christlicher und demokratischer Überzeugung vieles bessern zu wollen.

Wir fordern auch Freiheit auf kulturellem Gebiet und verlangen auf Grund unseres überall mit Achtung, teilweise mit Neid aufgenommenen Ahlener Wirtschaftsprogramms Anfassung und Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Wir sehen trotz aller Schwierigkeiten unverzagt in die Zukunft und rufen alle gutgesinnten Kräfte zur Mitarbeit auf. Wer abseits steht, versündigt sich an seinem Volke!

## Die Kandidaten der CDU

### für den Niedersächsischen Landtag

**Wahlkreis 2 Hannover-Nordstadt:** Baumeister Heinrich Schneider, Hannover, Rehbockstr. 40.

**Wahlkreis 4 Hannover-Südost:** Staatsminister a. D. Dr. Bernard Pfad, Hannover-Kleefeld, Schleiermacherstr. Nr. 23.

**Wahlkreis 5 Hannover-Limmer:** Arbeiter Franz Joreck, Hannover-Linden, Viktoriastr. 35.

**Wahlkreis 6 Hannover-Linden:** Landesgeschäftsführer Hans Wellmann, Hannover-Kleefeld, Spilkerstr. 4.

**Wahlkreis 8 Barsinghausen:** Steuerberater Ferdinand Wichmann, Egestorf.

**Wahlkreis 14 Bückeburg-Stadt-hagen:** Rechtsanwalt Schweer, Stadt-hagen.

**Wahlkreis 17 Hameln-Pyrmont:** Bauer Friedrich Drinkuth, Bad Pyrmont.

**Wahlkreis 19 Hildesheim-Stadt:** Dr. med. Hermann Clauditz, Hildesheim.

**Wahlkreis 20 Hildesheim-Land:** Bauer Erich Peters, Mölme.

**Wahlkreis 21 Sarstedt:** Kfm. Angestellter August Gabel, Sarstedt.

**Wahlkreis 22 Peine:** Kalkulator Albert Schwalke, Peine, Martinstr. 3.

**Wahlkreis 24 Holzminden:** Bauer und Ziegeleibesitzer Hugo Pläß, Ottenstein Nr. 72.

**Wahlkreis 27 Hann.-Münden:** Kaufmann Gustav Ballhause, Hann.-Münden, Wilhelmstr. 8.

**Wahlkreis 28 Göttingen-Stadt:** Assessor Arnold Fratzscher, Hannover-Kleefeld, Kirchröder Str. 43.

**Wahlkreis 30 Duderstadt:** Landesrat a. D. Franz Ehrhardt, Duderstadt, früher Breslau.

**Wahlkreis 32 Zellerfeld:** Finanzminister Dr. Strickrodt, Salzgitter.

**Wahlkreis 33 Gandersheim:** Steuerberater Dr. Günther Schöne, Bad Gandersheim, Moritzstr. 39.

**Wahlkreis 34 Goslar-Stadt:** Dr. Fricke, Goslar (Harz).

**Wahlkreis 35 Goslar-Land:** Frau Dr. Bröckelschen, Bad Harzburg.

**Wahlkreis 36 Watenstedt-Salz-gitter:** Landesgeschäftsführer Schönfeld, Lebenstedt, früher Schlesien.

**Wahlkreis 37 Wolfenbüttel:** Paul Eyferth, Bad Harzburg.

**Wahlkreis 38 Schöppenstedt:** Steiger Hermann Weber, Barbecke.

**Wahlkreis 39 Schöningen:** Dr. E. Funke, Schöningen, Beguinenstr. 20.

**Wahlkreis 40 Helmstedt:** Bäckermeister Franz Hardeweg, Helmstedt.

**Wahlkreis 41 Braunschweig 1:** Montageleiter Peter Gessinger, Braunschweig, Umlandstr. 28.

**Wahlkreis 42 Braunschweig 2:** Rechtsanwalt und Notar Dr. Werner Hofmeister, Braunschweig, Charlottenstr. 7.

**Wahlkreis 43 Braunschweig 3:** Fürsorgerin Frau Maria Bataille, Braunschweig, Wilhelm-Bode-Str. 13.

**Wahlkreis 44 Braunschweig-Land:** Techn. Angest. Wilhelm Druck, Braunschweig-Riddagshausen, Kloster-gang 66.

**Wahlkreis 45 Wolfsburg:** Architekt Heinrich Senge, Wolfsburg, Friedrich-Ebert-Straße 12.

**Wahlkreis 47 Burgdorf:** Oberkirchenrat Adolf Cillien, Hannover-Herrenhausen, Böttcherstr. 1.

**Wahlkreis 49 Celle-Stadt:** Fabrikant Franz Guizetti, Celle, Speicherstr. 15.

**Wahlkreis 53 Uelzen:** Staatsminister Dr. Dr. Günter Gereke, Hannover-Kleefeld, Schellingstraße.

**Wahlkreis 56 Lüneburg-Stadt:** Verleger Erich Könemann, Lüneburg.

**Wahlkreis 70 Osterholz-Scharmbeck:** Bauer Hinrich Holsten, Böttersen Nr. 2.

**Wahlkreis 71 Wesermarsch:** **Wahlkreis 72 Varrel:** Fritz Söhlmann, Oldenburg, Goethestr. 63.

**Wahlkreis 73 Wilhelmshaven:** Schlossermeister Arthur Raschke, Wilhelmshaven, Kaakstr. 22.

**Wahlkreis 74 Jever:** Maria Sevenich, Langförden über Vechna/Oldbg.,

**Wahlkreis 75 Ammerland:** **Wahlkreis 76 Oldenburg-Barsel:** Oberkirchenrat Dr. jur. Hermann Ehlers, Oldenburg, Ofenerstr. 35.

**Wahlkreis 77 Oldenburg-Stadt:** **Wahlkreis 78 Oldenburg-Land:** **Wahlkreis 79 Delmenhorst-Stadt:**

**Wahlkreis 80 Cloppenburg:** **Wahlkreis 81 Vechna:** Bauer Dr. Hermann Siemer, Strohe über Vechna/Oldbg.

**Wahlkreis 83 Osnabrück-Stadt:** Fabrikant Dr. Emil Rasch, Osnabrück, Korsikakamp 30.

**Wahlkreis 84 Osnabrück-Land:** Schlosser Franz Siebe, Kloster-Oesede.

**Wahlkreis 85 Osnabrück-Oesede:** Dr. med. Rüschemeyer, Ohrbeck.

**Wahlkreis 86 Bersenbrück:** Rechtsanwalt Dr. Weyerbröck, Quakenbrück.

**Wahlkreis 87 Lingen:** Siedler Heinrich Kuhr, Biene bei Geeste.

**Wahlkreis 88 Bentheim:** Photograph Richard Zahn, Nordhorn.

**Wahlkreis 89 Meppen:** Dr. Kerckhoff, Meppen, Markt 12.

**Wahlkreis 90 Aschendorf-Hümmling:** Landrat und Bauer Wilhelm Borgmann, Lorup Nr. 48.

**Wahlkreis 91 Leer:** Clemens Adams, Leer/Ostfild., Conrebbersweg 2.

**Wahlkreis 92 Leer-Borkum:** Landwirt Wilhelm Berlin, Boen, Kreis Leer.

**Wahlkreis 93 Aurich:** Pastor Brunken, Viktorbur.

**Wahlkreis 94 Emden-Stadt:** Otto Rink, Emden, Ostvertriebener, Bunker Emsmauerstraße.

In den vorstehend nichtaufgeführten Kreisen stellt die NLP einen Kandidaten auf, der von der CDU unterstützt wird.

## Der Landeswahlvorschlag der CDU

1. Oberkirchenrat Adolf Cillien, Hannover. 2. Staatsminister a. D. Dr. Bernard Pfad, Hannover. 3. Ostvertriebener Adolf Stobbe, Uelzen, bis 1933 Sekretär der christlichen Landarbeitergewerkschaft in Ostpreußen. 4. Werksleiter und Finanzminister Dr. Georg Strickrodt, Salzgitter. 5. Maria Sevenich, Langförden. 6. Fritz Söhlmann, Oldenburg, 1933 bis 1942 Herausgeber der Zeitschrift der Bekennenden Kirche „Junge Kirche“ in Berlin. 7. Direktor Dr. Paul Otto, Osnabrück. 8. Chefpräsident der Deutschen Reichspost in der britischen und amerikanischen Zone Christian Blanck, Duderstadt. 9. Techniker Wilhelm Druck, Vorsitzender der Jungen Union, Braunschweig. 10. Ostvertriebener Gerhard Arndt, Woltershausen, Landwirt aus Ostpommern. 11. Anton Themann, Vechna, Geschäftsführer des Verbandes ländlicher Kleinbetriebe. 12. Schlosser

Anton Eickmeier, Delmenhorst. 13. Dipl.-Kaufmann Wilhelm Naegel, Vorsitzender des Einzelhandelsverbandes Niedersachsen, Hannover. 14. Landesgeschäftsführer Hans Wellmann, Hannover. 15. Kaufmann Dietrich Helmers, Delmenhorst. 16. Rechtsanwalt Dr. Werner Hofmeister, Braunschweig. 17. Ostvertriebener Ernst Kuntscher, Lüdingworth bei Cuxhaven, 1929 bis 1936 Landesgeschäftsführer der Deutschen Christl.-soz. Volkspartei für Nordmähren, Schlesien und Hultschiner Land. 18. Landwirt Kurt Ribling, Ringelheim a. Harz. 19. Landwirt Johannes Renken, Insel bei Schneverdingen. 20. Schlossermeister Arthur Raschke, Wilhelmshaven. 21. Assessor Arnold Fratzscher, Hannover. 22. Bauunternehmer Heinrich Tonscheidt, Hannover. 23. Bergsteiger Hermann Weber, Barbecke. 24. Flüchtling und Kaufmann Albert Bischof, Rotenburg. 25. Indu-

striearbeiter Josef Schmelnik, Nordhorn. 26. Frau Dr. Bröchelschen, Hausfrau, Goslar. 27. Frau Karola Mertens, Hausfrau, Hannover. 28. Hofbesitzer Heinrich Wilken, Döhren-Riemsloh, Krs. Melle. 29. Ostvertriebener Martin Lutter, Eltze, Kreis Peine, Landwirt aus Ostpommern. 30. Dipl.-Kaufmann Hermann Eplée, Ostvertriebener aus dem Baltikum. 31. Landesgeschäftsführer Carl Schönfeld, Lebenstedt, Ostvertriebener aus Schlesien. 32. Kaufmann Georg Schütte, Bissendorf. 33. Schlossermeister Johannes Eilert, Sehnde. 34. Korrespondent Erich Keil, Gronau (Hann.). 35. Ostvertriebener Karl Schillmöller, Landwirt aus Ostpommern. 36. Rundfunkmechaniker Günther Sante, Oldenburg. 37. Steuerberater Dr. Günther Schöne, Bad Gandersheim. 38. Ostvertriebener Hanns Wittwer, Bleckede, Landwirt aus Schlesien. 39. Techniker Albert Fiene, „Junge Union“, Hannover. 40. Waldarbeiter Rudolf Meyer, St. Andreasberg. 41. Rentmeister Diedrich Michalowsky, Nörten-Hardenberg, Ostvertriebener aus Schlesien. 42. Kaufm. Angestellter Walter Klinge, Nienburg (Weser). 43. Fürsorgerin Maria Bataille,

Braunschweig. 44. Schuhmachermeister Josef Schäfers, Hann.-Münden. 45. Schlosser und Härter Franz Siebe, Kloster Oesede. 46. Kinderärztin Dr. Maria Berkenkamp, Verden. 47. Handelsschiffskapitän i. R. Hinrich Rath, Basbeck, Land Hadeln. 48. Hausfrau Maria Hempel, Hage (Ostfriesland), Flüchtling. 49. Bürgermeister a. D. Robert Greinert, Peine, Ostvertriebener aus Oberschlesien. 50. Landwirt Karl Hennies, Bakede, Kreis Springe, Ostvertriebener aus Schlesien. 51. Rechtsanwalt Siegfried Eißner, Burgdorf (Han.). 52. Arbeiter Franz Jorek, Hannover-Linden. 53. Frau Wilhelmine Bosse, Gifhorn. 54. Bürgermeister und Bauer Johann Hots, Aschhausen bei Zwischenahn. 55. Rektor i. R. Emanuel Grund, Ostvertriebener aus Schlesien. 56. Frau Anna Sauer, Hildesheim. 57. Bauunternehmer Wilhelm Loose, Osterkrug. 58. Kaufm. Angestellter Franz Werth, Hannover. 59. Landwirt Tönjes Rütler, Wreschen-Bokel. 60. Arbeiter Franz Hosenfelder, Vorwohje. 61. Lagerarbeiter Otto Alswede, Uelzen. 62. Kaufmann Otto Niemann, Stade. 63. Bauer Dr. Hermann Siemer, Strohe, Kreis Vechta.

## DAS ERSTE GRÜN

Ein Birkenhain  
Im Frührotschein —  
Voll tauiger Tränen,  
Die Abschied nehmen  
Vom Winter, daß er nun besiegt  
Kraftlos zu unsern Füßen liegt.

Denn auf der Sonne Geheiß  
Schmolz endlich das Eis —  
Und sachte, ganz sacht  
Die Natur erwacht.  
Sie reibt sich die Augen  
Und fern und nah  
Grünt wieder die Erde:  
„Der Lenz ist da!“

H. B. IV. 1947.

ner Interessentengruppen anheimfällt, ganz gleich, ob dieses Ausbeutertum durch Einzelpersonen oder Gruppen oder durch den Staat repräsentiert wird. Wenn wir also die sozialdemokratischen Sozialisierungspläne auf ihre Verwendbarkeit hin überprüfen wollen, dann müssen wir wissen, wo beginnt die Sozialisierung und wo findet sie ihre Grenzen gegenüber der Nationalisierung.

Wir haben aber von der Sozialdemokratie keine klare Konzeption ihrer Sozialisierungspläne erhalten. Wir kaufen aber keine Katze im Sack. Die von der SPD vorgelegten Sozialisierungspläne sind aber so verschwommen und ungenau, daß sie keine geeignete Verhandlungsgrundlage für die CDU abgeben konnten. Unsere Zeit ringt um Klarheit, auch nach Klarheit des Wortes, wie sollten wir sonst den Sinn dessen erkennen, der sich hinter dem Wort verbirgt.

Der Kapitalismus hat sich als unfähig erwiesen, eine stabile Wirtschaftsordnung zu garantieren. Er hat sich das eigene Grab gegraben und wir weinen ihm keine Träne nach. Er stellte sich uns dar, als ein moderner Sklavenhalter. Wir lehnen deshalb auch sogenannte Sozialisierungspläne ab, die mit der Gefahr verbunden sind, den Arbeiter erneut zu versklaven. Dieses Mal an den Staat. Solche Pläne schließen die Erreichung des Zieles der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aus.

Man muß sich endlich von der Illusion freimachen, daß es für den einzelnen irgend einen praktischen Wert habe, wenn die „Allgemeinheit“ irgendwo theoretisch als Besitzer der Produktionsmittel auftritt. Es kommt vielmehr entscheidend darauf an, in wessen Händen die Macht über die Produktionsmittel liegt. Man sollte meinen, die Erinnerung eines jeden sei noch zu frisch, um zu wissen, mit welcher Macht die Beauftragten der Partei, ganz gleich, ob es sich um „gleichgeschaltete“ Betriebsführer oder fanatisierende Betriebszellenobmänner handelte. Wie unfrei fühlte sich der Arbeiter, er war der Sklave des Staates.

Wer einen Plan ablehnt, muß einen besseren zur Hand haben. Mit dem „Ahlerer Programm“ und den grundlegenden Anträgen im Landtag überwindet die CDU Kapitalismus und Marxismus. Sie stellen die Grundlage für einen Neuaufbau der Wirtschaft, unter dem Gesichtswinkel des machtvollverteilenden Prinzips zur Erreichung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung dar. Sie sind das Werk verantwortungsbewußter Arbeiterführer und Wirtschaftler, Arbeiter, Unternehmer und die Vertreter der öffentlichen Hand

## Der gleichberechtigte Arbeiter

Von Ferdinand Wichmann · Egestorf (Deister)

Das Gerippe, daß dem deutschen Wirtschaftskörper in der Vergangenheit inneren Halt und Stütze gegeben hat, ist zusammengebrochen. Auch hier wirkte sich der Nationalsozialismus total aus. Wenn ein Haus total zusammengestürzt ist, genügt es nicht die Schäden auszubessern, sondern man muß es neu aufbauen. Die Wiederingangsetzung unserer Wirtschaft kann deshalb nur in einem totalen Neuaufbau bestehen.

Die Größe der vor uns liegenden Aufgabe erfordert die Zusammenfassung aller Kräfte, die an der Wirtschaft beteiligt sind. Weder können es die Unternehmer den Arbeitern allein überlassen, den Karren aus dem Dreck zu ziehen, noch können die Arbeiter dabei auf die Mitarbeit der Unternehmer verzichten. Arbeiter und Unternehmer müssen sich zu dieser Gemeinschaft des Werkens zusammenfinden. Der notwendige Neuaufbau unserer Wirtschaft stellt sich somit als ein Übungsfeld echter Gemeinschaftsarbeit dar.

Wenn sich aber zwei Partner zu einer solchen Gemeinschaftsarbeit zusammenfinden, dann setzt das voraus, daß sie gleichberechtigt sind. Mit dieser wirtschaftlichen Gleichberechtigung des Arbeiters kommen wir zum Grundproblem der sozialen Frage. Unsere Generation hat die unabwiesbare Verpflichtung, die soziale Frage entscheidend zu lösen, d. h. die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiterschaft zu gewinnen und zu sichern.

Nach marxistischer Auffassung soll die wirtschaftliche Gleichberechtigung durch die Sozialisierung verwirklicht werden. Der CDU ist es um die Erreichung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung zu tun, wie sie von marxistischer Seite gefordert wird. Das ist durchaus nicht dasselbe, sondern das eine kann das andere ausschließen. Wir müssen uns deshalb mit der Problematik der Vergesellschaftung befassen, damit wir zur Klärung der Begriffe und damit zu einer von allen Zweifeln befreiten Position kommen.

Sozialisierung bedeutet Vergesellschaftung. Übernimmt aber der Staat die Unternehmerfunktion, dann sprechen wir von nationalisierter Wirtschaft. Die wirtschaftliche Betätigung ist aber nicht der Zweck des Staates, der Staat hat vielmehr kraft der ihm übertragenen politischen Macht Hoheitsaufgaben zu erfüllen. Bei der Nationalisierung, d. h. der Verstaatlichung, erhält also der Staat zu der politischen Macht, die ihm nach der Natur der Sache zukommt, zusätzlich die wirtschaftliche Macht. Es tritt eine Machtzusammenballung ein, wie sie in den machtvollsten Konzernen, Trusts und ähnlichen Gebilden niemals erreicht worden ist. Die reinste Form der Verstaatlichung ist die Führung der Unternehmungen durch Regierungsbeamte, die damit zum Hoheitsträger der politischen und wirtschaftlichen Macht des Staates werden. Aber auch dann, wenn die Verwaltung der Unternehmungen nicht unmittelbar durch Beamte erfolgt, läßt sich diese Gefahr der Zusammenballung politischer und wirtschaftlicher Macht nicht aus der Welt schaffen, das haben wir an der „Gleichschaltung“ durch den Nationalsozialismus erlebt. Man stellte an die Spitze der Unternehmungen politisch „zuverlässige“ Leute, die den Willen der Partei, die die Macht im Staate besaß, vollstreckten. So wurde der Staat auf dem Weg über die politische Partei zum Herrn der Wirtschaft. Das war eine Verstaatlichung der Sache nach, auch wenn sie nicht diesen Namen trug. Wir sehen aber daran, welche brutale Realität sich hinter der schillernden Illusion verbergen kann.

Es kommt wesentlich darauf an, daß wir jegliche Machtzusammenballung vermeiden, wenn wir die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiterschaft gewinnen und sichern wollen.

Unser politisches Handeln bestimmt sich nach christlicher Verantwortung. Deshalb können wir niemals dulden, daß der Arbeiter jemals wieder der Ausbeutung profitgieriger und machtlüster-

sollen gleichberechtigt an der Leitung und Aufsicht der Unternehmungen beteiligt werden. Die Einflußnahme der Arbeiter auf die Gestaltung der Betriebe, und der Gesamtwirtschaft wird gesetzlich verankert. Dazu reicht das jetzt erlassene Betriebsrätegesetz nicht im entferntesten aus. Die Aufgabenbereiche der in die Direktion entsandten Arbeitervertreter haben sich nicht darin zu beschränken, daß sie kontrollieren dürfen, ob die Kantine gut gefegt ist oder dergleichen mehr. Den in die Betriebsleitung entsandten Vertretern

der Arbeiterschaft steht die direktive Gewalt in der Leitung der Unternehmungen im Verhältnis zu den Unternehmern und den Vertretern des Kapitals zu. Kapital, Arbeiterschaft und Unternehmer sind wie ein dreibeiniger Schemel. Alle drei sind unentbehrlich und keines hat den Vorzug vor dem anderen.

Kein Privatkapitalist darf über mehr als 10% des Gesamtaktienkapitals und der Stimmrechte verfügen. Es sind Sicherungen einzubauen, daß Kapitalzusammenballungen durch Gruppen

verhindert werden. Die öffentliche Hand ist durch das Reich, die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände an den Unternehmungen so beteiligt, daß sie über die Majorität verfügt, jedoch mit der Maßgabe, daß kein einzelner Vertreter der öffentlichen Hand mehr als 5% des Gesamtkapitals und der Stimmrechte besitzt.

Die Arbeiterschaft hat sich in der Vergangenheit die politische Macht erkämpfen müssen. Unsere Generation hat die unabweisbare Verpflichtung ihr nunmehr auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu verschaffen. Stellen wir neben den Unternehmer und das Kapital nun auch den wirtschaftlich gleichberechtigten Arbeiter, damit kommen wir zur Wirtschaftsdemokratie ohne die sich eine politische Demokratie garnicht vorstellen läßt. Damit schaffen wir aber auch die brauchbaren Grundlagen um zum Neuaufbau der Wirtschaft und zum sozialen Frieden zu gelangen.

## Die Norwegische Militärmission

in Berlin nimmt durch ihre Presseabteilung in einem Schreiben vom 24. 3. 1947 zu zwei von uns in der „Niedersächsischen Rundschau“ veröffentlichten Artikeln „Warum Behinderung des Fischfangs?“ (Nr. 5 vom 8. 2. 1947) und „Schlange-Schönungen und die Ernährungslage“ (Nr. 9 vom 8. 3. 1947), in denen wir uns mit der Beschneidung der deutschen Fischfangrechte befaßten, durch Übersendung nachfolgend abgedruckten Auszuges des der Außenminister-Stellvertreter-Konferenz in London eingereichten norwegischen Memorandums zur deutschen Frage Stellung:

Aus dem norwegischen Memorandum zur deutschen Frage:  
Die norwegische Regierung legt dar, daß sich Walfangschiffe und Walsiedereien in besonderem Maße für Umbau zu militärischen Zwecken eignen, die ersteren als Hilfsfahrzeuge der Marine wie Minensuchboote und Wachschiffe, die letzteren als Flugzeugträger. Es wird darum festgestellt, daß Norwegen gegen deutsche Beteiligung am pelagischen Walfang ist.

Die norwegische Regierung bringt weiter zum Ausdruck, daß der deutsche Schleppnetz-Fischfang auf offener See begrenzt und kontrolliert werden müsse. Es wird darauf hingewiesen, daß die deutsche Fischereiflotte für das militärische Nachrichtenwesen arbeitete und daß ihre Einheiten, zum Teil mit den gleichen Mannschaften, in die Marine eingeordnet wurden. Das spielte besonders beim Überfall auf Norwegen und auch im weiteren Verlauf des Krieges eine beträchtliche Rolle.

In diesem Zusammenhang wird auch darauf hingewiesen, daß es kaum Gebiete gibt, die härter als die nördlichsten Teile Norwegens von der unmenschlichen Kriegführung des nazistischen Deutschland betroffen wurden. Diese Gebiete wurden beim Rückzug der deutschen Truppen aus Finnland total zerstört, die Bevölkerung wurde von großen Leiden und materiellen Verlusten betroffen. Es würde unbillig wirken, heißt es weiter, falls deutsche Fischdampfer unbegrenzt außerhalb der norwegischen Küste operieren dürfen, solange das Land noch unter den Folgen der deutschen Kriegführung leidet.

Man weist schließlich darauf hin, daß es mit Rücksicht auf die Erhaltung des Fischbestandes notwendig sein wird, die Schleppnetzfischerei außerhalb der norwegischen Küste und am nördlichen Eismeer zu begrenzen und zu kontrollieren. Deutschland muß angehalten werden, sich an die internationalen Bestimmungen zu halten, die zu diesen Fragen festgelegt werden.

Unter voller Anerkennung unserer Wiedergutmachungspflicht möchten wir jedoch unsere Meinung zu den hier behandelten Fragen nochmals kurz zum Ausdruck bringen.

Das Argument der norwegischen Regierung, daß sich Walfangschiffe und schwimmende Walsiedereien besonders zum Umbau für militärische Zwecke eignen, daß ferner die Einheiten der Fischereiflotte als militärische Hilfsfahrzeuge Verwendung finden können, ist doch insofern hinfällig, als es zur Voraussetzung die unumschränkte Souveränität eines deutschen Staates hat. Solange jedoch Deutschland durch die Alliierten regiert und kontrolliert wird, solange dürfte jede Möglichkeit einer eventuellen Wiederaufrüstung illusorisch sein, ganz abgesehen davon, daß selbst nach Abzug der Besatzungsarmeen genügend Modi gefunden werden könnten, um eine militärische Verwendung einer deutschen Fischereiflotte zu verhindern. Entfällt jedoch die Möglichkeit einer Bedrohung der anderen Nationen, und sie entfällt, so ist nicht einzusehen, weshalb man uns durch Verweigerung der den anderen Völkern zugebilligten Fischereirechte jede Möglichkeit nimmt, die Millionenmassen unseres Volkes durch Ausnutzung dieser Nahrungsquellen vor dem buchstäblichen Verhungern zu bewahren. Wenn ferner darauf hingewiesen wird, daß mit Rücksicht auf die Erhaltung des Fischbestandes die Schleppnetzfischerei begrenzt werden müsse, so muß dem doch entgegengehalten werden, daß es sich hier um den Notstand eines ganzen Volkes handelt. Da sich außerdem die Fischbestände durch das jahrelange Ruhen des Fischfanges sehr stark vermehrt haben, so dürfte selbst ein augenblicklicher befristeter Raubbau — der noch nicht einmal notwendig wäre — weder die jetzige noch die zukünftige Deckung des Bedarfes anderer Nationen in Frage stellen.

Es handelt sich ganz allein darum, ob 70 Millionen Deutsche durch Hungern zu einem Siechtum verurteilt werden sollen oder nicht.

Nach Meldungen der „Hamburger Allgemeinen“ vom 1. April sind jetzt auch die Fanggebiete an der norwegischen Küste, die bislang für deutsche Fischdampfer gesperrt waren, freigegeben worden.

Diese Meldung ist um so erfreulicher, als sie nicht nur einen Lichtblick in unserer Ernährungslage aufzeigt, sondern auch das erste Wiedererkommen normaler Beziehungen zwischen Deutschland und den durch den Hitlerkrieg in Mitleidenschaft gezogenen Staaten.

## Streiflichter

Der „Tagesspiegel“ Berlin **Objektivität?** veröffentlicht einen Aufsatz des stellvertretenden britischen Hauptanklägers im ersten Nürnberger Prozeß. Darin kommt Sir David Maxwell Fyfe zu zwei merkwürdigen Feststellungen, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Er behauptet, daß erstens das deutsche Volk eine Vorliebe für Reglementierungen habe und zweitens einen angeborenen Hang zur Grausamkeit besitze. Zu seiner ersten Feststellung wäre zu sagen, daß er nur eine halbe Wahrheit verkündet, und zwar insofern, als er wahrscheinlich Pünktlichkeit und Ordnungssinn mit Hang zu Reglementierungen verwechselt. Wir wollen nicht bestreiten, daß eine gewisse Vorliebe für allgemeine Richtlinien, gleich auf welchem Gebiete, dem deutschen Volke zuzuschreiben ist. Doch dürfte, abgesehen von dem rein preußischen Element, der größte Teil des deutschen Volkes übermäßige Reglementierungsbestrebungen immer als fremd und unerträglich empfunden haben. Der Ausdruck „Vorliebe“ ist deshalb fehl am Platz. Seine zweite Feststellung über den Hang zur Grausamkeit müssen wir ganz entschieden als absolut den Tatsachen nicht entsprechend zurückweisen. Wir wollen hier kein geschichtliches Kolleg abhalten, möchten jedoch Herrn Maxwell Fyfe an den Opiumkrieg, den Burenkrieg, an indische Aufstände und den jahrhundertelangen Kampf mit Irland erinnern. Die Gerechtigkeit verlangt, daß Greuelthaten einer relativ kleinen nazistischen Schicht nicht dem gesamten deutschen Volke zur Last gelegt werden dürfen.

<b>Eine bedrückende Zahl</b>	Nach Aussagen des russischen Außenkommissars Molotow befinden sich nur noch 890 532 deutsche Kriegsgefangene in Rußland. In Nr. 23 der „Rheinischen Post“ vom 22. März 1947 befindet sich ein Eingesandt eines Eduard Scholl, der von Juli 1944 bis August 1945 in russischer Kriegsgefangenschaft war und als einer der Ersten krankheitshalber entlassen wurde. Er schreibt: „Während unserer Gefangenschaft erhielten wir auch Lesestoff, fast ausschließlich Literatur von Marx, Engels, Lenin und sonstigen Vorläufern des Marxismus. U. a. kam mir ein kleines Büchlein von Stalin in
------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

# Wer beherrscht das Zentralamt für Ernährung?

die Hände. Es war geschrieben 1943 oder 1944 und behandelte die Erfolge und Leistungen der Roten Armee und die Niederlagen und Schwächen der deutschen Wehrmacht. Dieses Buchlein erfreute sich bei uns allgemeiner Beliebtheit. Etwas, was mir damals sehr zweifelhaft erschien und mir deshalb heute wieder um so stärker ins Gedächtnis zurückgerufen wird, ist die Feststellung Stalins, daß sich 1943/44 etwa 3 bis 4 Millionen deutsche Soldaten in russischen Händen befunden hätten. Mittlerweile dürfte die Rote Armee durch den Vorstoß nach Berlin mindestens noch einmal, ganz vorsichtig geschätzt, eine halbe Million gefangenommen haben. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, entweder beruhen die damaligen Angaben Stalins auf einem Irrtum oder unsere deutschen Gefangenen leben nicht mehr.“

Von besonderem Interesse für das deutsche Volk ist in diesem Zusammenhange eine von 50 Mitgliedern des englischen Unterhauses unterzeichnete Entschließung, die dem britischen Außenminister in Moskau überreicht wurde. Bevin wird darin aufgefordert, während seines Moskauer Besuchs bei der sowjetischen Regierung dringende Vorstellungen zur Rückführung der noch in der Sowjetunion festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen zu erheben. Die von den Abgeordneten genannte Zahl der deutschen Kriegsgefangenen wird mit mehreren Millionen angegeben.

\*

## Um die Schulreform

Aus Anlaß der 700-Jahr-Feier des Osnabrücker Carolineum-Gymnasiums fand erneut eine Protestversammlung gegen die Auflösung dieses Instituts statt, an der die Elternschaft, Altschüler und Interessierte teilnahmen. In einer Resolution wurde die Hannoversche Schulreform abgelehnt, weil sie nicht geeignet sei, das Bildungsziel zu erreichen. Es wurde die sofortige Wiedereinführung des neunklassigen Gymnasiums mit Latein in der Sexta gefordert. In einem Schreiben an den Kultusminister Grimme wurde darauf hingewiesen, daß sich auch weite Kreise des Emslandes und Oldenburgs zur Beibehaltung der alten Schulreform bekennen, da sie sich kulturell an das Gebiet von Nordrhein-Westfalen gebunden fühlen. Die Mißachtung der kulturellen Belange könne zu schwerwiegenden Folgerungen führen.

Die sog. Hannoverschen Schulreformpläne sollen nunmehr auch auf Braunschweig ausgedehnt werden. Danach soll z. B. ab Ostern 1947 im Braunschweiger Wilhelm-Gymnasium der Lateinunterricht, in den unteren Klassen abgeschafft und Englisch als erste Fremdsprache eingeführt werden. Weite Kreise der Elternschaft sind hiermit nicht einverstanden. Bei einer kürzlich in Braunschweig veranstalteten Rundfrage der Lehrkräfte der höheren Schulen hat sich die überwiegende Mehrheit für Latein als Anfangsunterricht und gegen eine Durchführung dieser Schulreform in Braunschweig ausgesprochen. Das große Interesse, welches die Öffentlichkeit gerade auch an der Gestaltung der höheren Schule nimmt, ist sehr begrüßenswert, weil in unserem materiell so armen Volk eine solide und gründliche geistige Bildung und wissenschaftliche Schulung von besonderer Bedeutung ist.

Nach wie vor macht man den Reichsnährstand für das Versagen in der Ernährung verantwortlich, doch wer sind heute die maßgeblichen Leute im Reichsnährstand? Bisher stand an der Spitze des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft der Minister Schlange-Schöningen, der jetzt im bizonalen Amt an die zweite Stelle getreten ist. Wenn man ihm schon Vorwürfe machen will, dann höchstens den, daß er Mitarbeiter geduldet hat (oder dulden mußte), die alles andere als Fachleute sind. So den SPD-Funktionär Hans Podeyn. Hans Podeyn wurde Ministerialdirektor im Zentralamt und bekam die gesamte Ernährungslenkung der britischen Zone in seine Hand. Dabei ist er keineswegs als Fachmann anzusehen. Sein einziges Aktivum ist das Parteibuch des sozialdemokratischen Funktionärs. Podeyn, von Beruf Lehrer, war während des Krieges in einer Berliner Kohlenhandlung tätig und für diese uk-gestellt. Nach dem Zusammenbruch tauchte Podeyn in Hamburg auf, paktierte mit der SPD und wurde von dieser Schlange-Schöningen als Leiter für die Ernährung in der britischen Zone präsentiert. **Sämtliche Angriffe, die gegen Schlange-Schöningen gerichtet worden sind, hätten Podeyn gelten müssen.**

Podeyn ist auf dem besten Wege, die sogenannten Einfuhr- und Vorratsstellen hinter den Kulissen zu einem

mächtigen Block zusammenzufassen und sich als Präsident an ihre Spitze zu stellen. Damit hilft er, zwei sozialistische Thesen in die Ernährungswirtschaft einzuführen. Einmal kann er der sozialistischen Doktrin entsprechend ein staatliches Riesenunternehmen, ähnlich wie zur Nazizeit die Reichsstellen, aufziehen, das er jederzeit im Sinne sozialistischer „Planwirtschaft“ lenken und mit dem er andererseits die freie Wirtschaft knebeln und ihr den Garaus machen kann. Denn ist der freie Handel erst zerschlagen und sind die Einfuhr- und Vorratsstellen mit ihren Außenstellen im ganzen Land in der Hand eines Sozialdemokraten, nämlich der Podeyns, so verfügt die immer deutlicher werdende sozialdemokratische Machtpolitik über den Brotkorb des ganzen Volkes und kann die Landwirtschaft mit ausländischen Erzeugnissen konkurrieren oder zugrunde gehen lassen.

Der zweite, für die Ernährung besonders mitverantwortliche Mann neben Podeyn ist im Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft Herr Venske. Er wurde von Podeyn als dessen SPD-Genosse in das Zentralamt gebracht. Nicht nur im Zentralamt, sondern auch bei den provinziellen Dienststellen der Wirtschafts- und Ernährungsämter ist heute SPD Trumpf.

Was heute aber not tut, sind die besten Fach- und Kaufleute ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit.

## Kleine Rundschau

Beim letzten Maskenball der SED in Calvoerde, Krs. Gardelegen, erschien der Bezirksvorsitzende der SED in einem Kostüm, das einem Priestertalar gleich. Bei seinem Eintritt spielte die Kapelle „Lobe den Herrn“. Danach segnete der SED-Vorsitzende Tanzgruppen ein.

In der Bezirksversammlung Berlin-Friedrichshain befaßte sich die CDU mit Unregelmäßigkeiten, die bei der Ausgabe von Bezugscheinen vorgekommen waren. Der Bezirksbürgermeister gab das Verschwinden ganzer Bezugscheinblocks zu. Die Unregelmäßigkeiten fallen dem früheren Leiter der Wirtschaftsstelle Weyer (SED) zur Last.

### Die SPD in Selbstzeugnissen:

„Wir sind nicht gegen das Christentum, aber gegen die Kirchen in ihrer jetzigen Form.“

Fraktionsführer Hoffmeister  
am 27. März im  
Niedersächsischen Landtag

Gegen die Stimmen der CDU und der LDP beschloß die Berliner Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat aufzufordern, der Alliierten Kommandatur die Aussetzung aller Strafen und Verfahren vorzuschlagen, die wegen strafbarer Handlungen nach § 218 verfügt worden sind (Verbrechen gegen das keimende Leben).

In einer Sitzung des sächsischen Landtages verlangte der SED-Abgeordnete Könen, daß das Wort „Flüchtling“

ausgemerzt und durch das Wort „Umsiedler“ ersetzt werden solle.

Mehrere Studenten der Berliner Universität, die entweder Jugendgruppen der CDU oder religiösen Vereinigungen angehörten, sind unter merkwürdigen Umständen verhaftet worden, ohne daß man ihren Aufenthaltsort bis jetzt erfahren konnte.

Der hessische Landtag nahm das Leistungsgesetz für Kriegsbeschädigte an. Die jährlichen Entschädigungen in Hessen werden mit zirka 100 Millionen Mark berechnet. Die KPD enthielt sich als einzige Partei der Stimme.

Jacques Duclos, der Führer der französischen kommunistischen Fraktion, erklärte bei der Vertrauensabstimmung für die Regierung Ramadier: „Unser Gewissen gestattet es nicht, für die Kredite für den Krieg in Indochina zu stimmen, doch liegt uns das Wohlergehen des Landes so sehr am Herzen, daß wir nicht gegen sie stimmen. Wir werden uns deshalb der Stimme enthalten.“

Auf einer Sitzung des Alliierten Kontrollrates erhob der Militärgouverneur für die französische Zone, General König, Einspruch gegen den Vorschlag der CDU, die deutschen politischen Parteien zu Besprechungen über eine deutsche Zentralregierung einzuberufen. General König bezeichnete dieses Vorhaben angesichts der Moskauer Konferenz als für Deutschland unpassend.

Herausgeber: Landesverband Hannover der CDU, Geschäftsstelle Hannover, Wilhelmstr. 3, Ruf 8 88 82, Presse-Abtlg. 8 04 88, Postcheck-Kto. Hannover 407 02. Verantwortlich für den Inhalt: Arnold Fratzscher, Hannover, Wilhelmstraße 3. Druck: Schlütersche Buchdruckerei, Hannover, Kümmelstraße 5.